

Positionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **77 (1997)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

EIN TROJANISCHES PFERD IN DER VERFASSUNG?

Die Arbeitslosigkeit hat in der Schweiz unser Selbstverständnis erschüttert. Die Hoffnung, mit einem Aufschwung wieder zur vermeintlichen «Normalität» der Vollbeschäftigung zurückkehren zu können, hat dazu geführt, dass selbst eine kleine Korrektur mit dem Veto an der Urne zu Fall gebracht werden konnte.

Dass die geringere Zahl der Arbeitsplätze nicht allein mit der gedämpften Konjunktur, sondern mit den sich beschleunigenden Strukturanpassungen in der Wirtschaft zu tun hat, wird zwar erkannt, aber ungerne ausgelotet. Politisch vermarktbar Diagnosen und Therapien müssen einfach und eingängig sein. So bietet sich als Rezept von fast umwerfend simpler Logik an, dass einfach die vorhandene Arbeit gleichmässig verteilt werden müsse. Arbeitszeitverkürzung, das Rezept der Gewerkschaften, würde jedenfalls der eigenen Kundschaft, den Arbeit Habenden, etwas bringen – ob es mit der weiteren Verteuerung der Arbeit auch zur angestrebten Vergrösserung des Stellenangebots führen würde, ist mehr als zweifelhaft.

Nun wird die Idee in subtilerer Form in einer Volksinitiative lanciert, die den schlichten Titel «Arbeitsverteilung» trägt. Sie verfolgt eine dreifache Zielsetzung: *Erstens* sollen «alle Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können», was dann *zweitens* auch eine «gleichberechtigte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Nicht-erwerbsarbeit sowie von Diensten im Interesse der Allgemeinheit zwischen den Geschlechtern» erfordert und *drittens* durch das Postulat angemessener beruflicher Weiterbildung und Umschulung flankiert wird.

Betrachtet man allein diese idealistischen Ziele in ihrer vagen und interpretationsbedürftigen Form, gibt es kaum etwas dagegen einzuwenden, es sei denn, man hänge an einer traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Dass nicht nur die Erwerbs-, sondern auch die Nichterwerbsarbeit ins Visier genommen wird, macht den unkonventionellen Reiz, aber auch die Komplexität dieser «Vision» aus.

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, wird aus dem Initiativtext nur in bescheidenen Ansätzen sichtbar. Neben der nichtssagenden «Förderung verschiedener Formen der Arbeitsverteilung» bleibt nur die «Verkürzung der Arbeitszeiten» und damit der Verdacht, dass das ganze wohlklingende Gehäuse als Trojanisches Pferd diene. Unbestimmte Begriffe wie «angemessene Bedingungen» und «ohne soziale und berufliche Benachteiligung» lassen sich ebenfalls leicht politisch instrumentalisieren.

Das führt zur Grundfrage: Was haben diese Zielsetzungen und Forderungen in der Bundesverfassung zu suchen? Der entscheidende Eingangssatz der Initiative heisst: «Der Bund trifft Vorkehrungen, damit...». Damit die Ziele erreicht werden? Welche Kompetenzen und welche Mittel wären dazu notwendig? Oder soll der Bund nur – im Rahmen bestehender Möglichkeiten – ein bisschen fördern und Entwicklungen in die skizzierte Richtung lenken? Und dann, wenn die geweckten Erwartungen nicht zu erfüllen sind, sich prügeln lassen? Diese Fragen, ob und wie weit «Vater Staat» die Aufgabe und die Verantwortung übertragen werden sollen, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele zu verfolgen, sind von eminenter ordnungspolitischer und philosophischer Bedeutung. Mit dieser Eingangsbestimmung wird das Trojanische Pferd gar zur Gefahr für unser liberales Staatsverständnis.

Man könnte freilich auch einen dialektischen Umkehrschluss ziehen, der von den Initianten sicher nicht beabsichtigt ist. Statt Arbeitszeiten und andere Bestimmungen gesetzlich zu fixieren, könnte der Staat ja auch auf viele bestehende Vorschriften verzichten und den Markt auch in diesem Bereich mehr spielen lassen. Vielleicht würde er so dem Ziel der Initiative, nämlich einer Flexibilisierung und einer grösseren Vielfalt von Arbeitsformen, schneller, wirksamer und billiger Vorschub leisten. Denn der Wertewandel, der hier postuliert wird, findet ohnehin zuerst in den Köpfen der Menschen und dann in Gesellschaft und Wirtschaft statt. Der Staat kann solche Entwicklungen lediglich nachvollziehen. Wenn er versucht, normativ vor- und einzugreifen, behindert er sie. ♦

DIE SCHWEIZ UNTER DEM DRUCK DER USA

Seit der Attacken von Senator *D'Amato* auf die Schweiz rätseln verschiedene offizielle Vertreter unseres Landes sowie gewisse Medien immer noch über die Hintergründe dieses Angriffs. Andere wiederum ziehen sich wegen den Angriffen der «Schwesterrepublik» USA in ihr Schneckenhaus zurück. Wieder andere applaudieren den amerikanischen Vorwürfen und unterstützen diese nach Kräften publizistisch, schriftstellerisch und politisch.

Das Verhalten der offiziellen Schweiz in dieser Zeit ist ziemlich kopflos und konfus. Eine saubere Analyse der Lage ist bis heute ausgeblieben. Warum sollte eine solch mühsame Arbeit auch unternommen werden? Die Schweiz war ja bis vor kurzem der Musterknabe der Welt: bewundert und nachahmenswert! Leider übersahen wir aber, dass wir eher mit dem Seldwyla von *Gottfried Keller* gleichgesetzt wurden: Besserwisser und Eigenbrötler, die bis vor kurzem nicht erkannt hatten, wer in dieser Welt die Macht innehat und dass die Mächtigen dieser Welt auf die Interessen und Anliegen eines Kleinstaates keine Rücksicht nehmen.

Seldwyla wird offensichtlich nicht mehr beachtet. Die Supermacht USA und ihre Regierung, deren Moral übrigens aufgrund der letzten Wahlspendenaffäre nicht über jeden Zweifel erhaben ist, haben mit dem *Eizenstat*-Bericht die Schweiz offiziell auf die gleiche Ebene wie den Iran und Libyen gesetzt. Als Schurkenstaat (*rogue state*) wird die Schweiz verurteilt, deren Vergehen im Zweiten Weltkrieg bis heute ungegüht geblieben sind. Anstatt überlegt zu handeln, manövriert sich die Schweiz, erschreckt durch die Anprangerungen von jenseits des Atlantiks, zunehmend in die Isolation. Leider wird übersehen, dass hinter diesen Angriffen eine Strategie steht, deren Ziele sich nicht nur auf Geldforderungen an den Kleinstaat Schweiz und ihr Bankensystem beschränken. Da diese Geldforderungen bald erfüllt sein werden, wäre an und für sich ein Ende der Angriffe absehbar. Dies dürfte aber nicht Fall sein. Die Ziele dieser Angriffe sind viel höher angesetzt.

Eine Analyse der verbalen Drohungen aus den USA, so auch jene über das baldige Ende des Bankgeheimnisses, lässt erkennen, dass der Finanzplatz Schweiz im Visier steht. Nicht erst seit heute ist dieser für bestimmte Kreise jenseits des Atlantiks ein

Störfaktor. Der erste Schritt zu seiner Unterminierung ist die Lockerung des Bankgeheimnisses durch die Einführung des Gesetzes über die Geldwäscherei. Auf Druck der USA haben wir dabei amerikanisches Recht übernommen. Offensichtlich gilt der Finanzplatz Schweiz als eine unangenehme Konkurrenz. Er soll mindestens der amerikanischen Kontrolle unterstellt, wenn nicht sogar beseitigt werden.

Die Strategie gegen die Schweiz ist indirekt angelegt. Aufgrund einer sauberen Analyse der Schwächen der Schweiz – ihre historische Vergangenheit, ihre Regierung und ihre gesplante Gesellschaft – wird politischer und wirtschaftlicher Druck eingesetzt. Als Unterstützung dazu dienen die Verurteilungen der Schweiz durch die amerikanischen Medien, die willig die Polemik von *D'Amato* und seinen Alliierten übernehmen. Die Schweiz wird an den Pranger der Weltöffentlichkeit gestellt. Unser Land soll politisch und wirtschaftlich kapitulieren. Vorerst soll allerdings nur bezahlt werden. In den Angriffspausen werden Worte der Versöhnung ausgesprochen, die der Entspannung dienen. Anschliessend wird noch härter angegriffen. Diese Strategie lässt eine Abstimmung der Ziele, Mittel und ihres Einsatzes aufeinander erkennen.

Wer glaubt, dass diese Angriffe durch teure Öffentlichkeitsarbeit beendet werden können, irrt sich. Anstelle des Mietens von Lobbyisten in den USA ist eine Gegenstrategie gefragt. Die Grundlage dazu wäre eine gründliche Analyse der innenpolitischen Lage der USA, ihrer Regierung und weiteren Exponenten. Leider besteht wenig Hoffnung, dass die Schweiz diesen Schritt unternehmen wird. Während einer langen Zeit des Friedens und des Wohlstandes haben es die Schweizerinnen und Schweizer verlernt, sich mit der strategischen Wirklichkeit der Welt auseinanderzusetzen und in ihr zu bestehen. Passivität herrscht vor. Es fragt sich nur, in welche strategische Zukunft diese Passivität führen wird, in jene des belächelten Seldwyla oder in den durch die Weltgemeinschaft verachteten Schurkenstaat. ♦

ALBERT A. STAHEL, geboren 1943, Prof. Dr. oec. publ., ist seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien und Titularprofessor an der Universität Zürich.

KIRCHE UND MARKTWIRTSCHAFT

Das Funktionieren von Märkten hängt in hohem Mass davon ab, ob sie eingebettet sind in eine Gesellschaft von Hass und Gewalt oder ob sie auf menschliche Toleranz und auf dem Respekt für Menschenrechte aufbauen können.

In einer Konferenz, die im Jahre 1985 in Wien stattfand, stellte *Friedrich von Hayek* fest, dass moralische Systeme und Institutionen als «*Hüter der Tradition*» einen entscheidenden Einfluss hätten auf die Gestaltung einer ausgedehnten Ordnung, welche vom Markt geprägt ist. In seinem letzten Buch «*The fatal conceit*» («Die verhängnisvolle Anmassung», Tübingen 1996) formulierte er einen wichtigen und herausfordernden Satz: «*Das Überleben unserer Gesellschaft könnte von der Frage abhängen, welchen Zusammenhang die Menschen zwischen moralischen Traditionen und einem persönlichen Gott herstellen.*» Ich möchte diese Auffassung nicht diskutieren, sondern mich auf die Frage konzentrieren, welche dieser Äusserung *Friedrich von Hayeks* zugrunde liegt: Wie interpretieren Religionen und Kirchen die entscheidenden Institutionen unserer modernen Gesellschaft – in unserem Fall die Marktwirtschaft –, und was können diese zum Funktionieren dieser Gesellschaft beitragen? Es ist klar, dass ich nur aus der Sicht der christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Soziallehre, sprechen kann, und ich werde dabei auf drei Gesichtspunkte eingehen.

Erstens: Es ist faszinierend zu sehen, wie das Christentum in seinen Anfängen davon überzeugt gewesen ist, dass Religion und Kirche imstande seien, die Gesetze des Marktes ausser acht zu lassen und allein auf die hohe Moral der Gläubigen abzustellen. Privateigentum und Wettbewerb sollten abgeschafft werden und die christliche Gesellschaft nach jenem Prinzip funktionieren, das *Karl Marx* wie folgt beschrieben hat: Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen. Wir wissen aus den biblischen Berichten selbst, dass diese Utopie auf die Dauer nicht realisierbar war, nicht einmal in der geschlossenen Gruppe der Urchristen. Später war diese Lebensform den religiösen Orden vorbehalten, und es musste für die Gesellschaft eine neue Interpretation und Ausrichtung gefunden werden.

Zweitens: Diese neue Position der Kirche hielt über ein Jahrtausend, und sie lässt sich folgendermassen zusammenfassen: Privatwirtschaft und Wettbewerb sind moralisch gerechtfertigt, aber sie müssen sozial

kontrolliert werden. In einer von der Landwirtschaft geprägten Welt, in welcher mehr als siebzig Prozent der Gesamtbevölkerung Bauern waren und in welcher aufgrund des Feudalsystems der Adel das Oberigentum beanspruchte, musste sich der gewöhnliche Bauer mit einfachen und beschränkten Nutzungsrechten zufrieden geben.

In der Welt des Handwerkers waren Privateigentum und Wettbewerb durch Zünfte und Innungen sozial kontrolliert. Die Preise waren fix und die Produktionsmengen vorgeschrieben. Der Markt hatte eine begrenzte Funktion, und er wurde durch das soziopolitische System eingeschränkt und kontrolliert. Die Kirche unterstützte dieses System, da sie ja im Feudalsystem des Mittelalters eine privilegierte Rolle innehatte. Ergänzend ist zu bemerken, dass die Kirche versuchte, die Märkte durch moralische Vorschriften und unter Strafandrohung zu kontrollieren. Dazu ein Beispiel: In zahlreichen Städten wurde an Markttagen im Zentrum des Marktplatzes ein grosses hölzernes Kreuz aufgerichtet, das die Beteiligten ermahnen sollte: Seid ehrlich – Gott schaut Euch zu!

Drittens: Im Zuge der industriellen und der politischen Revolution brachen die traditionellen Kontrollen über Grundeigentum und Märkte zusammen, und die Marktwirtschaft wurde zur «unsichtbaren Hand», die gewissermassen von selbst «das grösste Glück der grössten Zahl» sicherstellen sollte. *Hayek* spricht von einem Übergang einer geschlossenen Ordnung zu einer offenen Ordnung (*extended order*). Dass dieser Glaube an ein automatisches Funktionieren der Marktwirtschaft nicht mit der Realität übereinstimmte, beweist das Elend des Proletariats, welches zur Entstehung des Sozialismus geführt hat. Die Kirchen mussten sich mit einer völlig neuen Situation auseinandersetzen. Ihre eigene, privilegierte Position in der Gesellschaft war herausgefordert, und das Elend des Proletariats übertraf bei weitem die Möglichkeiten der christlichen Caritas. Die schnell wachsende sozialistische Bewegung erklärte ihr den Krieg, weil man in der Religion eine gefährliche Droge sah, welche die notwendige Revolution des Proletariats verhindern wollte.

Anfänglich war die Reaktion der Kirche auf diese neue Situation unsicher. Bisher war sie imstande, Bauern und Handwerkern Orientierung zu geben. Das ging so nicht mehr. Es ist begreiflich, dass in dieser Situation eine Vielzahl von Programmen und Bewegungen aufkam. Einige bekämpften die industrielle Gesellschaft und wollten zu vorindustriellen Produktionsweisen zurückkehren. Andere suchten nach einer Kombination der industriellen Gesellschaft mit dem korporativen System des Mittelalters. Viele begrüßten auch die sozialistischen Ideen.

Kohärente Position der katholischen Soziallehre

Es ist bemerkenswert, wie die katholische Soziallehre trotz dieser manchmal heftigen Diskussionen während der vergangenen hundert Jahre in bezug auf Marktwirtschaft und Wettbewerb schrittweise eine ziemlich kohärente Position entwickelt hat, die vom gegenwärtigen Papst *Johannes Paul II.* im Jahr 1991 in der Enzyklika «*Centesimus Annus*» verbindlich ausformuliert worden ist. Sie lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Enzyklika «Centesimus Annus»

Erstens: Privateigentum ist essentiell notwendig für die persönliche Freiheit und für eine effiziente Wirtschaft.

Zweitens: Arbeit hat einen direkten Bezug nicht nur zur Güterproduktion, sondern auch zur Selbstverwirklichung der Person. Daher gibt es ein «Recht auf Arbeit» und auch ein Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen Prozess.

Drittens: In jeder Gesellschaft von freien Menschen bilden Markt und Wettbewerb ein wichtiges Element im wirtschaftlichen Zusammenwirken.

Viertens: Unternehmertegeist ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch ein moralischer Wert im dynamischen Entwicklungsprozess einer modernen Wirtschaft.

Fünftens: Markt und Wettbewerb sind zwar wichtig, aber sie gewährleisten nicht automatisch das Allgemeinwohl. Aus diesem Grund braucht der Markt die Kooperation und die Kontrolle durch die sozialen Kräfte und – subsidiär – auch durch den Staat.

Ich bin mir bewusst, dass einige dieser Punkte kontrovers sind und einer weiteren Klärung bedürftig sind.

Moralische Werte sind entscheidend

Die Kirchen haben gelernt, dass sie wirtschaftliche Gesetze nicht ersetzen können und dass sie nicht in der Lage sind, in dieser Welt eine ideale Gesellschaft zu verwirklichen.

Aber die Kirchen halten dennoch an zwei Überzeugungen fest:

Erstens: Wirtschaftliche Gesetze können von Menschen fehlinterpretiert und missbraucht werden. Aus

diesem Grund sind moralische Werte für das Funktionieren von Märkten von essentieller Bedeutung. *Adam Smith* insistierte auf der entscheidenden Funktion moralischer Gefühle. Die Kirchen glauben, dass sie – zwar nicht die einzigen, aber doch wichtige – Vertreter der Begründung und Vermittlung moralischer Werte sind.

Zweitens: Die Kirchen anerkennen durchaus, dass Markt und Wettbewerb vieles schaffen, was zur Wohlfahrt der Menschen beiträgt. Aber viele Dinge, welche für die Zufriedenheit und für das Wohlbefinden der Menschen entscheidend sind, können nicht

Im Zuge der industriellen und der politischen Revolution brachen die traditionellen Kontrollen über Grundeigentum und Märkte zusammen.

auf Märkten gekauft werden. Ich denke etwa an Liebe, Solidarität, Grossmut, Dankbarkeit, Gnade und Vergebung.

Die Kirchen fühlen sich – auch wenn sie nicht ausschliesslich dafür zuständig sind –, dafür verantwortlich, dass unsere moderne Gesellschaft durch religiöse und moralische Kräfte zu mehr Humanität gelangt.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, im Jahre 1945, hielt *Friedrich von Hayek* seine berühmte Rede am University College in Dublin. Er formulierte dort die gemeinsamen Aufgaben für einen Wiederaufbau Europas. Eine davon lautete: «*Europa braucht Institutionen und Kräfte, welche Menschen überzeugen, freiwillig zum Wohlbefinden anderer beizutragen.*» Und einer der grossen deutschen Ökonomen, *Wilhelm Röpke*, sagte im Hinblick auf die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts, dass wir zweifellos eine grosse Menge an technischem Fortschritt und an internationalen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen benötigen, aber dass wir auch entscheidend auf jene Werte angewiesen sind, welche jenseits von Angebot und Nachfrage liegen. ♦

JOHANNES SCHASCHING, geboren 1917, studierte Philosophie (München), Theologie (Wien und Innsbruck) und Sozialwissenschaften (Innsbruck, USA, Louvain). Von 1952–1966 war er Professor für Ethik und Soziologie an der Universität Innsbruck, von 1966–1991 Professor für Soziologie und Soziallehre der Kirche an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Seit 1991 Mitarbeiter an der Katholischen Sozialakademie Österreichs in Wien.